VI. Beitrag zur Geschichte von König Christian II. Archiv und der Theilung desselben unter Schweden, Norwegen und Dänemark.

Von

R. M. Bowallius,

k. schwedischem Reichsarchivar in Stockholm.

Christian II., der letzte Unionskönig, der in Schweden den wohlverdienten Beinamen Tyrann erhielt, konnte, nachdem ihm das schwedische Volk dem Rechte gemäss Treue und Gehorsam aufgesagt, auch in Dänemark und Norwegen seine Herrschaft nicht behaupten, sondern musste landesflüchtig werden und, nach fruchtlosen Versuchen, seine Kronen wiederzugewinnen, sein Leben in dänischer Gefangenschaft beschliessen. Während der Zeit seiner Verbannung hielt er sich lange in den Niederlanden auf, woselbst sich ihm, wenn auch nicht viele, so doch bedeutende Anhänger aus allen drei nordischen Ländern anschlossen, durch welche er das Volk in den drei abgefallenen Reichen zu seinen Gunsten zu bearbeiten suchte. Schon aus diesem Grunde ist es erklärlich, dass der abgesetzte König, der in sein Exil nachweislich viele und wichtige Akten mitgenommen, ein nicht unbedeutendes Archiv hinterlassen konnte. Weiter kam noch hinzu, dass einige seiner Anhänger, besonders landesflüchtige Prälaten, mehr oder minder wichtige Akten aus den nordischen Reichen mitbrachten. Wo die somit gesammelten Archivalien zuletzt geblieben, darüber entbehrte man lange einer zuverlässigen Kenntniss, trotzdem sowohl von Schweden als von Dänemark wiederholt Versuche gemacht wurden, den Aufbewahrungsort zu ermitteln.¹⁾ Endlich entdeckte man, wie berichtet

¹⁾ Ueber die Versuche, welche während des 17. Jahrhunderts von schwedischer Seite gemacht wurden, siehe „Meddelanden från Svenska Riks-Archivet,

wird, durch einen Zufall, dass sich das Archiv Christian II. in Bayern in Verwahrung finde.¹⁾ Da die Tochter Christian II. mit dem Pfalzgrafen Friedrich vermählt war, und die Pfälzische Linie des Hauses Wittelsbach seit 1777 in Bayern regierte, ist es leicht erklärlich, wie das Archiv des entthronten Königs nach Bayern zur Verwahrung kommen konnte. Die Auffindung desselben, welche bei einer Verlegung zum Kreisarchiv in Amberg im nordöstlichen Bayern geschah, würde vielleicht nicht die wohlverdiente Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben, wenn nicht Dänemark damals gerade nach diesen Akten besonders geforscht hätte. Nun wurden sie nach dem bayrischen Reichsarchiv gebracht und auf Veranstellen der Akademie der Wissenschaften zu München von dem Konsistorialrath Dr. Heintz und dem Professor J. A. Schmeller untersucht und verzeichnet, und das Verzeichniss wurde nach Kopenhagen gesandt.²⁾ Demzufolge war es ganz natürlich, dass diese Archivschatze zunächst von Seiten Dänemarks zum Gegenstand besonderer Forschung gemacht wurden. Der Kammerjunker Reetz und der Sekretär Hvas hielten sich auf Kosten des Staates eine längere Zeit in München auf, um von solchen wichtigen Diplomen und Dokumenten, die besonders Dänemark betrafen, Abschriften zu machen. Die bayrische Regierung lud nun auch Schweden ein, Forscher zu entsenden, welche von diesen Archivalien Kenntniss nehmen sollten, und machte gleichzeitig den Vorschlag, dass die Akten, welche besonders auf Schweden Bezug hätten, gegen solche ausgetauscht werden möchten, die sich auf Bayern bezögen, und die vermeintlich während der Zeit des 30jährigen Krieges nach Schweden übergeführt worden wären. Dieser Vorschlag wurde im Jahre 1827 gemacht, und es wäre ganz besonders zu wünschen gewesen, wenn dieses freundschaftliche Anerbieten zu dem beabsichtigten Austausch hätte führen können. An dem guten Willen auf Seiten Schwedens fehlte es keineswegs. Es wurden genaue Nachsuchungen in dem schwedischen Reichsarchiv angestellt, um einige bayrische Archiva-

Heft II, 1879, pag. 49. Betreffend die Massnahmen von Seiten Dänemarks s. Allen, Breve og Aktstykker til Oplysning af Christiern den Andens og Frederik den Førstes Historie. Kjöbenhavn, 1854, I p. XIX, seq.

¹⁾ Brief des Staatsministers Grafen von Wetterstedt an den Envoyé Grafen C. G. Löwenhielm, den 6. Jan. 1829. Schwed. Reichsarchiv. Caesareana.

²⁾ Allen, l. c. p. XXII.

lien aufzufinden, die man hätte als Ersatz bieten können. Aber der damalige Sekretär des Reichsarchivs, Olof Sundel, gab am 23. Juli desselben Jahres die Erklärung ab, dass bayrische Archivalien nicht hätten entdeckt werden können. Die Nachforschungen, welche gleichzeitig in der königl. Bibliothek zu Stockholm und in der Bibliothek zu Upsala angestellt wurden, verblieben ebenfalls fruchtlos. Das von der bayrischen Regierung gemachte Anerbieten konnte somit zu keinem Resultat führen.

Aber die dänischen Vertreter hatten inzwischen bei ihrer Beschäftigung mit den Archivalien Christian II. die Entdeckung gemacht, dass sich unter denselben eine Menge Dokumente befanden, die der Dronthheimer Erzbischof Olof Engelbrechtsen von Drontheim (Trondhjem) mitgenommen, als er im Jahre 1736 Norwegen verliess. Als dieser Fund in Norwegen bekannt wurde, so erregte er grosse Aufmerksamkeit und selbstverständlich den lebhaften Wunsch, das wieder zu gewinnen, was man mit Recht für ungesetzlich entführt hielt. Der norwegische Reichs-Statthalter Graf B. von Platen wurde in dieser Angelegenheit bei dem Staatsminister des Auswärtigen, dem Grafen von Wetterstedt, vorstellig. In Folge dessen erhielt der schwedische und norwegische Gesandte in Wien, Graf C. G. Löwenhielm, der auch bei dem Hofe in München accreditirt war, den Auftrag, dem bayerischen Ministerium die Sache officiell mit der Andeutung vorzutragen, dass wenn das Gesuch günstig aufgenommen würde, welches er im Namen Norwegens stelle, man von dort aus einen sachkundigen Mann zu entsenden gedächte, der die Schriftstücke näher zu prüfen und diejenigen zu bezeichnen hätte, deren Wiedererlangung man wünschte. Graf Löwenhielm zögerte nicht, das auszuführen, was ihm also übertragen worden war.¹⁾ In einem Schreiben an den bayrischen Staatsminister, Grafen von Armansperg, bezeichnete er die obenerwähnten von dem Dronthheimer Erzbischof mitgenommenen Urkunden als Eigenthum des norwegischen Staates, sprach den Wunsch seiner Regierung aus, wieder in den Besitz derselben zu kommen, und führte an, dass, wenn auf dieses Verlangen eingegangen würde, man von Norwegen einen Vertrauensmann zu entsenden beabsichtige, der die Akten durchsehen und diejenigen angeben sollte, welche man zurückzuerhalten wünschte, oder auch, falls die Originale nicht ausgeliefert werden könnten,

¹⁾ Des Grafen von Wetterstedt oben erwähnter Brief.

diese abschreibe. Er erklärte ausserdem, dass — obwohl der von der bayrischen Regierung vorgeschlagene Austausch von Archivalien zwischen Schweden und Bayern nicht vor sich gehen könne, weil keine bayrischen Akten in Schweden zu finden seien — er seine Hoffnung hinsichtlich der Genehmigung des von ihm im Namen der norwegischen Regierung vorgetragenen Gesuches nur auf das Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl gründe, welche die bayrische Regierung so auszeichneten.¹⁾

An sich war wohl diese Angelegenheit so einfacher Natur, dass sie keine Schwierigkeiten hätte hervorzurufen brauchen, noch weniger einen scharfen Notenwechsel. Aber die politische Lage der damaligen Zeit wirkte gewissermassen auf die Behandlung dieser Frage ein, so zusammenhanglos sie auch zu jenen Erörterungen stand, welche jetzt eine Spannung zwischen den Höfen zu Stockholm und München herbeiführten. Trotz des verwandtschaftlichen Verhältnisses zwischen dem schwedischen und dem bayrischen Königshause waren gerade zu dieser Zeit die Beziehungen zwischen beiden Höfen recht kühle. Die Veranlassung dazu war eine, der Wirklichkeit nach minder wichtige Frage, nämlich die den Titel des ehemaligen schwedischen Kronprinzen Gustav betreffend. Bekanntlich wollte dieser Fürst den Titel Prinz von Schweden führen, einen Titel, der bei dem neuen schwedischen Herrscherhause nur Anstoss erregen konnte. Gerade die Sympathie, welche der Hof in München für den Prinzen Gustav hegte und nicht undeutlich an den Tag legte,²⁾ war es, die das Verhältniss zwischen Schweden und Bayern trübte. Graf Armansepp beantwortete indessen das Ansuchen des Grafen Löwenhielm schnell genug. Die Antwort, datirt vom 13. März 1829, war zwar eine beifällige, jedoch an Bedingungen geknüpft, die bei den schwedischen Staatsmännern Ueberraschung und Verdruss hervorriefen. Der König von Bayern wäre geneigt, hiess es, an den König von Schweden und Norwegen die etwa vorhandenen Archivalien, welche die vereinigten Königreiche Schweden und Norwegen beträfen, auszuliefern, jedoch in der Erwartung, dass die schwedische Regierung ihrerseits die Rück-

¹⁾ Löwenhielm an v. Armansepp, d. 21. Jan 1829 Concept im Reichs-Archiv.

²⁾ Prinz Gustav, der Ritter des St. Hubertsordens war, hatte im bayrischen Hofkalender den Titel Prinz von Schweden erhalten

sendung der Bücher, Handschriften, Dokumente und anderen Sachen veranlasse, welche Theile der früheren, im Jahre 1631 nach Schweden übergeführten Bibliothek der Universität zu Würzburg ausmachten.¹⁾ Graf Löwenhielm beeilte sich, während er weitere Vorschriften seiner Regierung abwartete, im Voraus lebhaftere Einwendungen gegen die Antwort des Grafen Armansperg zu machen. Er wies darauf hin, wie die jetzige Fassung von dem ursprünglichen Vorschlag der bayrischen Regierung, bezüglich des Austausches von im bayrischen Archiv verwahrten schwedischen Akten gegen Schriftstücke und Urkunden Bayerns sich wesentlich unterschiede; die Würzburger Bibliothek wäre eine in offenem Kriege eroberte, rechtmässige Kriegsbeute, die reklamirten Akten des Stiftes Drontheim dagegen wären Eigenthum Norwegens, und nur von einem strafbaren Geistlichen, der sein Vaterland heimlich verlassen, ungesetzlich entwendet; wenn Norwegen Akten wieder verlangte, die das eigene Land beträfen, fordere man, dass Schweden als Ersatz eine der vorzüglichsten Kriegsbeuten des grossen Gustav Adolf aufopfere.²⁾ Weit davon entfernt, diese Einwürfe zu berücksichtigen, hielt Graf Armansperg an seiner Auffassung fest, barsch darauf hinweisend, dass die Würzburger Bibliothek gemäss dem westphälischen Friedensvertrag an den rechtmässigen Eigenthümer hätte zurückgeliefert werden müssen.³⁾ Dagegen ging dem Grafen Löwenhielm Seitens seiner Regierung die volle Billigung der Antwort zu, die er dem bayrischen Staatsminister vorneweg gegeben, und es wurde ihm sogar anbefohlen, in seine definitive Antwort noch kräftigere Ausdrücke aufzunehmen.⁴⁾ Diesem Befehl wurde eiligst und pünktlich nachgekommen. Graf Löwenhielm schreibt den 6. Mai an Grafen Wetterstedt, dass er am 2. desselben Monats die geforderte Antwort habe ergehen lassen, und fügt hinzu, dass er hoffe, dieses Schreiben würde die Wirkung haben, dass diese Tracasserie damit erledigt sei!

Glücklicherweise wurde zu derselben Zeit die Veranlassung

¹⁾ Graf v. Armansperg an Grafen Löwenhielm, den 13. März 1829 Original im Reichs-Archiv zu Stockholm.

²⁾ Graf Löwenhielm an Grafen v. Armansperg, den 21. März 1829. Concept im schwed. Reichs-Archiv.

³⁾ Graf v. Armansperg an Grafen Löwenhielm, den 27. März 1829 Original im schwed. Reichs-Archiv.

⁴⁾ Wetterstedt's Apostill Nr. 1 an Löwenhielm, den 17 August.

zu der politischen Gespanntheit dadurch beseitigt, dass der ehemalige Kronprinz Gustav von dem Titel Prinz von Schweden abstand und anstatt dessen den Namen Prinz von Wasa annahm. Hiernach gab der bayrische Hof bald deutliche Zeichen einer milderer Stimmung. Der bayrische Chargé d'affaires in Petersburg, Graf Lerchenfeld, wurde nach Schweden beordert, um dem Könige Carl Johann einen freundschaftlichen Brief von dem Könige von Bayern zu überbringen, und durch diese Gesandtschaft wurde ausserlich das gute Einvernehmen zwischen den beiden Höfen wieder vollständig hergestellt. Nun konnte auch die Frage wegen der Archivalien leichter eine befriedigende Lösung finden. Schon am 2. Juni schrieb Graf Armanberg an Grafen Löwenhielm und erklärte, dass, wiewohl das Schreiben des letzteren vom 2. Mai bezüglich der Würzburger Bibliothek den Erwartungen der bayrischen Regierung nicht entspräche, der König, sein Herr, dennoch, um dem Könige von Schweden und Norwegen einen Beweis der Gesinnung zu geben, die er zufolge des Freundschafts- und des Verwandtschaftsbandes, welches beide Höfe verbinde, für ihn hohe, bereitwillig sei, die bezüglichen Akten und Dokumente auszuliefern, welche gewünscht würden und welche Drontheim, Bergen, Jemtland u. a. Oerter beträfen. Hieran wurde keine Bedingung geknüpft, jedoch der Wunsch geäussert, dass die Regierung in Schweden nochmals Nachforschungen über den Verbleib der nach Schweden übergeführten Archive der Stadt Aschaffenburg und der Aschaffenburg Abteien St. Peter und Alexander anstellen lassen möchte.¹⁾ Der König von Bayern hatte also mit grosser Liberalität sich erboten, dem König von Schweden und Norwegen die Akten, welche auf Schweden und auf Norwegen Bezug hätten, auszuliefern, und der Wunsch, der dabei angedeutet wurde, event. die von Aschaffenburg fortgeführten Archivalien wieder zu erhalten, insofern solche in Schweden zu ermitteln wären, war in der That billig. Nachforschungen nach diesen wurden gleich angeordnet und bewerkstelligt, aber in den öffentlichen Sammlungen war nichts davon zu finden.²⁾

¹⁾ Graf von Armanberg an Grafen Löwenhielm, den 2. Juni 1829 Original im Reichs-Archiv.

²⁾ Wetterstedt's Brief an Löwenhielm, den 7. Juli und Apostill den 28. August 1829.

Die Frage wegen der Entgegennahme der Archivalien, zu deren Rückgabe an den König von Schweden und Norwegen sich der König von Bayern bereit erklärt, und welche nach den Briefen des Grafen Armansterg auch schwedische Provinzen betreffen, wurde als eine Norwegen allein berührende Angelegenheit behandelt. Auf Grund des Vorschlags Seitens der norwegischen Regierung in Christiania wurde durch königl. Verordnung vom 19. September 1829 der Professor an der Universität in Christiania, Gregers Fougner v. Lundh¹⁾, dazu ausersehen, als Kommissar der norwegischen Regierung an der Durchstöberung der wohlwollend versprochenen Akten Theil zu nehmen, die nach der Empfangnahme an die Universität in Christiania abgeliefert werden sollten. Die Wahl dieses Abgesandten scheint eine recht glückliche gewesen zu sein. Lundh war wohl als akademischer Lehrer kein Vertreter irgend einer der historischen Disciplinen,²⁾ aber er war im Begriff, ein nordisches Diplomatarium³⁾ herauszugeben, wovon er einen Prospect veröffentlichte, und während des Winters 1828—29 hatte er, um norwegische Archivalien zu kopiren,⁴⁾ sich eine längere Zeit in Kopenhagen aufgehalten, woselbst die meisten Quellen der ältesten Geschichte Norwegens aufbewahrt werden. Er besass also unzweifelhaft die erforderliche Sachkenntniss, um den ihm anvertrauten Auftrag gut ausführen zu können. Graf Löwenhielm hatte laut erhaltener Anweisung ihn bei dem Grafen Armansterg schriftlich angemeldet und ihn als Abgeordneten von Norwegen empfohlen. In Folge dessen erfuhr Lundh, als er zu Anfang November 1829 nach München kam, viel Freundlichkeit und grosses Entgegenkommen. Die Akten waren schon im Voraus so vertheilt, wie sie nach dem Dafürhalten sich auf Schweden und Norwegen oder Dänemark bezogen.⁵⁾ Bald glaubte Lundh zu der Annahme Grund zu haben,

¹⁾ So schreibt er in dem Briefe an Grafen Löwenhielm selbst seinen Namen.

²⁾ Er war Professor der Oekonomie und Technologie.

³⁾ Specimen Diplomatarii Norvagici oder Prove af et Norskt Diplomatarium. Kjøbenhavn, 1828.

⁴⁾ Während seines Aufenthalts in Kopenhagen erhielt er Einblick in das dort eingelieferte Verzeichniss über das Archiv Christian II. und die Gewissheit, dass die von dem Drontheimer Erzbischof Olof Engelbrechtsen fortgeführten Akten sich in München befänden.

⁵⁾ Die Sammlung bestand aus 172 Fascikeln, wovon 25 unter Schweden-Norwegen, die übrigen unter Dänemark rubricirt waren.

dass man beabsichtige, alle nordischen Archivalien ungetheilt zu überliefern. Diesen zu Anfang nicht erwarteten Vortheil zu erringen, das war, nachdem einmal Hoffnungen erweckt worden, das Ziel für Lundh's eifriges Streben, insonderheit da er bei der näheren Untersuchung der Akten entdeckte, dass viele der Urkunden, die man als dänische rubricirt hatte, seiner Ansicht nach als norwegische zu betrachten wären. Als er darauf zu fürchten begann, dass sein Wunsch nicht leicht Erfolg haben würde, wandte er sich dieserhalb an den Grafen Löwenhielm und ersuchte ihn um seine kräftige Mitwirkung.¹⁾ Die hauptsächlichliche Veranlassung zu seinem Eifer war seine Berechnung, durch den Besitz der dänischen Akten auf Dänemark einwirken zu können, das seiner Meinung nach Norwegen dessen wichtigste historische Schätze unbillig vorenthalte.²⁾

Graf Löwenhielm, der sich im übrigen gegen Lundh sehr wohlwollend und behülflich zeigte, weigerte jedoch in diesem Punkte jegliche Unterstützung. Er erklärte, dass er sich nicht für berechtigt hielte hierbei einzugreifen, und erinnerte daran, dass die Archivalien, um welche es sich nun handelte, von der bayrischen Regierung als ein Zugeständniss zu betrachten wären, und nicht als ein Austausch gegen Entschädigung; wenn die bayrische Regierung einen Theil zurückbehalten oder an Dänemark überweisen wolle, so könnten füglich hiergegen keine Einwendungen gemacht werden.³⁾ Trotzdem Graf Löwenhielm sich somit weigerte, Unterstützung zu leisten und noch eher abrieth, gab Lundh seinen Lieblingsplan dennoch nicht auf. Er wandte sich unmittelbar an das bayrische Ministerium

¹⁾ Lundh an Löwenhielm, d. 19. Nov. 1829. Original im schwed. Reichs-Archiv.

²⁾ Er schrieb darüber an Grafen Löwenhielm d. 14. Nov., als er zuerst erwähnte, dass er Hoffnung habe, alle nordische Archivalien zu bekommen „Um so besser, wenn es auch die Dänen kränken sollte, welches indessen nicht schaden kann. Sie haben Norwegen so schändlich ausgeplündert, indem sie die historischen Denkmäler, besonders die schriftlichen Ueberreste, fortgeführt, dass es nicht zu viel sein kann, wenn wir diesen kleinen Rest behalten, der glücklicherweise ihren Händen entschlüpft ist“. — Ein ander mal (d. 25. Nov.) aussert er in derselben Sache „Dieses wird für unseren Hof eine prächtige Veranlassung werden, beim Austausch von den Dänen die vielen Schriftstücke ausgeliefert zu bekommen, welche Norwegen, Schonen (Skåne), Halland und Blekinge betreffen, und über welchen sie jetzt brüten, wie der Drache auf seinem Golde“.

³⁾ Löwenhielm an Lundh, d. 25. Nov. 1829. Concept im Reichs-Archiv.

und — hatte Glück. Die bayrische Regierung gestattete, dass die fraglichen Archivalien ungetheilt ausgeliefert wurden mit der Bedingung, dass die Krone Schweden die Ansprüche befriedigen sollte, welche die Krone Dänemark auf gewisse von diesen Akten (geltend) machen könnte, und mit der Hinzufügung, „dass Seine Majestät (der König von Bayern) mit Vergnügen der Ausführung und den Resultaten der freundlichen Bereitwilligkeit Seitens der Krone Schwedens entgegensähe, ein Aequivalent für die im dreissigjährigen Kriege fortgeführte Bibliothek von Würzburg zu bieten“. Dass nach den vorangegangenen Unterhandlungen nun dieser ganz unerwartete Zusatz gemacht werden konnte, dazu hatte der norwegische Deputirte in seinem patriotischen Eifer, auch die dänischen Akten zu erhalten, unleugbar die Möglichkeit bereitet. In seiner Eingabe an den Minister des Innern hatte Lundh — unvorsichtig genug und ohne jeglichen Auftrag — geäußert, dass, wenn die von den Schweden während des dreissigjährigen Krieges aus Bayern entführten „Objecte“ nicht in verschiedenen Städten und Bibliotheken Schwedens zerstreut wären, sein König und Herr dieselben schon selbst zurückgegeben haben würde, aber nöthige Anordnungen seien, so weit er wüsste, schon getroffen, um aus dem, was dem Laufe der Zeit und den elementarischen Unfällen entgangen, für die Krone Bayern ein Aequivalent herzustellen. Es mag für Lundh gewissermassen zur Entschuldigung dienen, dass ihm wahrscheinlich von dem stattgefundenen Notenwechsel bezüglich der Würzburger Bibliothek nichts bekannt war, aber er kann von dem begangenen Versehen nicht freigesprochen werden, im Namen Schwedens Versicherungen abgegeben zu haben, wozu er in keiner Weise berechtigt war. Er selbst erschien überrascht von der Auslegung, die seine Worte gefunden, und er räumte ein, dass er sich vielleicht zu überschwänglicher Ausdrücke bedient habe; er hätte dabei aber nur an die Aschaffenburgur Diplome gedacht; von einer Würzburger Bibliothek hätte er niemals mit einer Silbe erwähnen hören, ja, die bayrischen Minister hätten oft im Laufe des Gesprächs erklärt, dass die Regierung von der vorher gewünschten vollständigen Restitution abgestanden und nun ihre Wünsche auf Wiedererhaltung der Aschaffenburgur Diplome beschränke, wesshalb er fast bezweifelte, dass die königl. Resolution die in der ihm vom Reichs-Archiv gemachten Mittheilung gebrauchten

Worte „Bibliothek von Wurzburg“ enthielte.¹⁾ Graf Lowenhielm beglückwünschte Lundh zu seinem Erfolg, jedoch mit dem leisen Vorwurf, dass er in seinem „lobenswerthen Eifer für den Zweck vielleicht bezüglich der Wahl der Mittel etwas zu weit gegangen sei“. „Die Bayern“, fügt er hinzu, „haben auch nicht versäumt, in ihrem Rescript reichlich Gebrauch davon zu machen“. ²⁾

Es ist erklärlich und vielleicht auch verzeihlich, dass der Norweger Lundh aus patriotischem Eifer sich zu einem Verfahren hinreissen liess, dessen Missbilligung in Schweden nicht ausbleiben konnte. Schwerer ist es jedoch zu verstehen, wie er gleichzeitig bei seinen ausdauernden und schliesslich mit Erfolg gekrönten Bemühungen, in München die nordischen Archivalien ungetheilt zu erhalten, Dänemark selbst seine Dienste antragen konnte dahin gehend, dass falls die dänische Regierung die nothwendigen Schritte thun wolle, um die Zustimmung der bayrischen Regierung zu erhalten, er als Vertreter derselben die dänischen Akten nach Kopenhagen überbringen wolle.³⁾ Da sein Anerbieten wirklich angenommen wurde, musste er es mit Vergnügen gesehen haben, was ja auch eintraf, dass die Vollmacht erst ankam, nachdem er als der Vertreter für Schweden und Norwegen schon sämtliche Schriftstücke, auch die dänischen, in Empfang genommen.⁴⁾ Die ausgelieferten

¹⁾ Lundh's Briefe an Löwenhielm, d. 26. Dec. 1829 u. 2. Febr. 1830. Originale im Reichs-Archiv.

²⁾ Lowenhielm an Lundh, d. 1. Jan. 1830. Concept im schwed. Reichs-Archiv.

³⁾ Dieses Anerbieten machte er im Briefe, d. 22. Nov. 1829. Allen, l c. p. XXV. Vier Tage vorher ersuchte er, wie oben erwähnt, Löwenhielm um seine Mitwirkung zur Auslieferung aller Archivalien.

⁴⁾ In einem Brief an Grafen Lowenhielm erwähnt Lundh der dänischen Vollmacht (ohne jedoch zu berichten, dass sie durch sein eigenes Anerbieten hervorgerufen worden) mit folgenden Worten: „In dem glücklichsten Augenblick ist diese Sache zu Ende geführt, denn an demselben Tage, wo ich die Archivalien erhielt, bekam ich einen Brief von Kopenhagen, worin man mich benachrichtigt, dass der dänische Gesandte beim Bundestage in Frankfurt a. M. Instructionen erhalten, bei der bayrischen Regierung wegen Aushandlung des dänischen Antheils an den Archivalien in Unterhandlung zu treten, — und worin ich gleichzeitig ersucht werde, im Namen des dänischen Hofes Akten entgegen zu nehmen und über den Empfang zu quittiren; und zu dem Zwecke sende der Minister des Auswärtigen, Graf Schimmelpfennig, eine ausgefertigte Vollmacht. Glücklicherweise sind sie diesmal auch zu spät gekommen, und ich habe ihnen also nur zu antworten gehabt, dass das Ganze uns schon übergeben ist,

Archivalien bestanden aus 4430 Nummern, welche Lundh 1830 zu Anfang des Monats März nach Christiania heimführte und der Universität überlieferte.¹⁾

Auf diese Weise kamen die Archivakten Christian II. nach langen Irrfahrten wieder nach dem Norden. Wenn es schon eine schwere Aufgabe gewesen war, sie wieder nach Skandinavien zu schaffen, so gestaltete es sich noch weit schwieriger, die Angelegenheit zu solchem Abschluss zu bringen, dass jedes der nordischen Reiche auch seinen ihm zugehörigen Antheil bekäme. Wenn nur solche Akten ausgeliefert worden wären, die Norwegen betrafen, so hätte sich die Sache in aller Einfachheit und ohne Zwistigkeiten erledigen lassen. Aber schon in dem Briefe des Grafen Armanseperg vom 2. Juni 1829 wurde eine Auslieferung von Archivalien versprochen, die sowohl Schweden als Norwegen beträfen, und durch die Entschliessung des Königs von Bayern vom 14. December — durch das Schreiben des bayrischen Reichs-Archivs vom 23. December zu Lundh's Kenntniss gebracht — wurde die Abtretung aller skandinavischen Archivakten genehmigt, jedoch der Krone Schweden die Verpflichtung auferlegt, etwaige Ansprüche, mit welchen die Krone Dänemark hervortreten könnte, zu befriedigen. In Wirklichkeit hatte dadurch die Frage eine Gestalt gewonnen, wo sie aufhörte, eine ausschliesslich norwegische Angelegenheit zu sein. Sie wurde indessen als solche weiter behandelt. Die Universität zu Christiania nahm die Sache in die Hand und scheint geglaubt zu haben, dabei in ihrem guten Rechte zu sein. Es lag gleichwohl in der Natur der Sache, dass man sich bequemen musste, an eine Theilung zu denken, zumal da Dänemark, nachdem es in München zu spät gekommen, jetzt nicht unterliess, durch seinen Gesandten in Stockholm an seine Ansprüche zu erinnern. Aus Anlass der Erinnerungen von Seiten Dänemarks wurde beschlossen, dieser Krone das Anerbieten zu machen, dass sie entweder einen sachkundigen Mann

und dass ich im übrigen ohne nähere Erlaubniss die Ausführung des Auftrages nicht würde haben übernehmen können, womit man mich beehrte. Damit ist diese Sache abgemacht“. Lundh an Lowenhielm d 26 Dec. 1829. Original im Reichs-Archiv. vergl. Allen, l. c. p. XXV.

¹⁾ Die reklamirten Akten waren durch königl. Entschliessung vom 19. Sept. 1829 schon im Voraus für die Universität bestimmt, wohingegen die Kosten für die Ueberführung von der Universität getragen werden sollten. Allen, l. c. p. XXIV.

entsenden mochte, der an der Untersuchung der Akten theilnehme, oder dass sie auf die Versicherung eingehe, auch ohnedem unweigerlich Alles ausgeliefert zu erhalten, was in der Sammlung, nachdem sie geordnet worden, sich als ausschliesslich Dänemark oder dänische Verhältnisse betreffend erweisen sollte. Danemark erklärte sich mit einer solchen Versicherung zufrieden, worauf nach geschehener Anzeige der König von Schweden und Norwegen durch eine Resolution vom 17. August 1830 der norwegischen Regierung auferlegte, darüber zu wachen, dass die Auswahl der an Dänemark abzuliefernden Akten in einer Weise getroffen würde, die das Vertrauen rechtfertigte, welches die dänische Regierung an den Tag gelegt. Professor Lundh und Lektor R. Keyser wurden dazu ausersehen, die Vertheilung vorzuschlagen, aber man liess es sich, wie es scheint, wenig angelegen sein, bald zu Ende zu kommen. Fast zwei Jahre vergingen, bevor Lundh und Keyser (am 17. December 1831) dem Collegium Academicum ihren Theilungsvorschlag vorlegten. Der hauptsächlichste Grundsatz dieses Vorschlages lautete dahin, dass alle Dokumente, welche einigermaßen Norwegen betrafen, auch Norwegens Eigenthum verbleiben sollten; ein anderer, nicht weniger wichtiger war der, dass alles, was sich auf den Aufenthalt Christian II., seine Rüstungen, Unterhandlungen, Reisen u. s. w. bezöge, ebenfalls Norwegen zugehören sollte, auf Grund der *Maxime Beati possidentes*. Laut diesem Vorschlage sollte Schweden 40, Norwegen 4056 und Dänemark 334 Nummern erhalten. Aber als der norwegische Universitäts-Prokanzler, Graf Wedel-Jarlsberg, gegen diesen Vorschlag Einwand erhob, weil er ihm Schweden gegenüber unbillig erschien, bequerten sich Lundh und Keyser dazu, später (am 1. Juni 1832) mit einem anderen Vorschlage hervorzukommen, der etwas vortheilhafter für Schweden ausfiel; Schweden sollte hiernach die Akten bezüglich Herjedalen, Jemtland und Bohuslän erhalten, Dänemark die, welche Island und die Färöer betrafen; in Betreff der Archivalien, welche auf Schonen, Halland, Blekinge und Gotland Bezug hätten, war vorgeschlagen, dieselben dem schwedischen Antheil zu überweisen, jedoch mit der Massgabe, dass Schweden und Dänemark sich über die Theilung zu einigen hätten. Auf Grund dieses Vorschlages sollte Dänemark 295, Schweden 91 und Norwegen 4044 Nummern erhalten. Aber dieser Theilungsvorschlag wurde von dem Collegium Academicum vollständig verworfen.

Nun endlich fand sich die schwedische Regierung veranlasst, einzugreifen und Schweden bei der Theilung repräsentirt zu sehen. Durch Instruktion, ausgefertigt auf Befehl des Königs vom 18. Juli 1832 durch den Staatsminister Grafen von Wetterstedt, wurde der derzeitige Amanuensis bei der Königl. Gesellschaft für Herausgabe von Handschriften betreffend die Geschichte Skandinaviens, Sacri Ministerii Adjunkt, nachmaliger Pfarrer der Adolf Fredriks-Gemeinde in Stockholm, Nils Johan Ekdahl, beauftragt, unverzüglich nach Christiania abzureisen, um als Bevollmächtigter des Königs der Theilung der Münchener Archivalien beizuwohnen, dieselbe vorzunehmen und sodann den Antheil Schwedens sowie auch den danischen nach Stockholm zu bringen, welcher letztere später auf ministeriellem Wege an die dänische Regierung abgeliefert werden sollte.¹⁾ Graf Wetterstedt benachrichtigte gleichzeitig den norwegischen Staatsminister über die Entsendung Ekdahl's und über dessen Instruktion, und ersuchte ihn, Voranstaltungen zu treffen, dass die zuständigen Autoritäten in Norwegen aus Anlass dessen die nöthigen Vorschriften erhalten möchten. Die Beorderung eines Vertreters für Schweden zu der Theilung der Schriftstücke war unzweifelhaft ebenso berechtigt wie erforderlich; nur das kann mit Recht angemerkt werden, dass diese Massnahme schon weit früher hätte getroffen werden müssen. Daneben wäre es wünschenswerth gewesen, dass die Wirksamkeit des Deputirten der Leitung und Aufsicht einer sachkundigen Behörde unterstellt worden wäre, ein wichtiger Umstand, welcher nun völlig vergessen wurde, und zwar dem Deputirten selbst nicht zu geringem Nachtheil. Ekdahl war ein junger Mann von grosser Tüchtigkeit und in der geschichtlichen Forschung nicht unbewandert. Inwieweit er im übrigen für den Auftrag vollständig geeignet war, mag dahingestellt bleiben. So viel ist gewiss, dass seine Aufgabe eine ausserordentlich schwere wurde. Es kommt einem fast unglaublich vor, ist aber nichtsdestoweniger faktisch,

¹⁾ Die Instruktion ist nach einem Concept im Archiv des Auswärtigen Amtes (Beilage IV) mitgetheilt. Allen berichtet, dass Ekdahl auch den Auftrag hatte, Danemarks Rechte zu überwachen. Dieses stimmt jedoch mit der wirklichen Sachlage nicht überein. Die Instruktion erwähnt davon kein Wort. Auch war schon früher der norwegischen Regierung aufgegeben worden, das Recht Danemarks wahrzunehmen, unter welchen Umständen es vermuthlich nicht für angebracht gehalten wurde, dieses officium nobile dem schwedischen Abgesandten zu übertragen.

dass, als Ekdahl Ende Juli 1832 sich in Christiania einfand, um als bevollmächtigter Vertreter des Königs der Theilung beizuwohnen und dieselbe zu Stande zu bringen, ihm der Zutritt zu den Akten, die getheilt werden sollten, verweigert wurde.¹⁾ Nach vielen Kämpfen und nach langer Korrespondenz wurde ihm endlich am 7. December 1832 der Zutritt zu den Archivalien gewährt, aber erst, nachdem der König am 26. November eine ausdrückliche Vorschrift erlassen und seine Unzufriedenheit über die langsame Behandlung der Angelegenheit zu erkennen gegeben.²⁾ Nach mehrwöchentlicher Untersuchung der Schriftstücke „unter Lundh's und Keyser's Aufsicht“, trat Ekdahl den 28. Januar 1833 mit seinem Theilungsvorschlag hervor, laut welchem Schweden 638, Norwegen 3683 und Dänemark 109 Nummern bekommen sollte. Es ist wahrscheinlich, dass Ekdahl einseitig genug die Vorschriften seiner Instruktion angewendet, aber schon diese Vorschriften erregten in Norwegen Anstoss, weil man meinte, dass dieselben eine Kränkung des norwegischen Rechtes enthielten.³⁾ Ekdahl's Theilungsvorschlag stiess auch bei Lundh und Keyser auf entschiedenen Widerstand, welche am 15. Mai einen Gegenvorschlag machten, der von dem Collegium Academicum gebilligt wurde. Keyser selbst hat später über das gegenseitige Verhältniss dieser beiden Vorschläge Aeusserungen gethan, die recht bemerkenswerth und aufklärend zu gleicher Zeit sind.⁴⁾ „Ebensowie Herr Ekdahl's Theilungsvorschlag über-

¹⁾ Ekdahl's Erklärung an das Hof-Kanzleramt vom 25. November 1836 Reichs-Archiv.

²⁾ Schreiben des norwegischen Staats-Ministers an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten vom 27. November 1832 (Original im Archiv des Auswärtigen Amtes) Beil. V. Allen berichtet (Fædrelandet 1850, Nr. 133), dass die Streitigkeiten zwischen Ekdahl und dem Collegium Academicum bis zu den „äussersten Grenzen der Leidenschaften“ gingen.

³⁾ Die Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung kamen daher, dass, nach den in Norwegen herrschenden Ansichten, dieses Land der rechtmässige Besitzer aller Münchener Archivalien zu sein glaubte. Das Archiv Olof Engelbrechtsen's konnte mit Recht als Norwegens Eigenthum bezeichnet werden, das übrige war offenbar nur ein Depositum, da die ganze Sammlung von dem Könige von Bayern dem Könige von Schweden und Norwegen überliefert worden war unter der unverkennbaren Voraussetzung einer Theilung.

⁴⁾ Keyser's Schreiben an das Collegium Academicum in Christiania vom 24. April 1834. Abschrift unter den Akten des Hof-Kanzleramtes im Reichs-Archiv Beilage VIII.

spannt und ganz und gar gegen das Recht Norwegens streitend war“, sagt er, „so war auch Professor Lundh's und meiner — ich gebe das gerne zu — wohl ziemlich darauf berechnet, demselben entgegenzutreten und deshalb in gewisser Beziehung, was den schwedischen Antheil anbetrifft, sparsamer, als er hätte sein können und sein müssen, sofern Herr Ekdahl in seinen Forderungen weniger überspannt und insonderheit, wenn nicht die Rede davon gewesen wäre, um die Dokumente, welche sowohl Norwegen als Schweden angingen, und um die ganze Abtheilung „Allgemeines“ das Loos zu werfen, ein Verfahren, wodurch das Interesse und die Brauchbarkeit der Archivaliensammlung für die Geschichte in hohem Grade verringert werden würde“. Hieraus geht deutlich genug hervor, dass schon die Instruktion Ekdahl's in den Augen der Norweger ein Stein des Anstosses war.

Es wurde schliesslich klar, dass die Ansichten einander zu schroff gegenüber standen, als dass eine Ausgleichung hätte erzielt werden können. Graf Wedel-Jarlsberg entschloss sich daher, den Streitigkeiten, „die leicht ebenso langwierig werden könnten wie die, welche dem westphälischen Frieden vorausgingen“, ein Ende zu machen, und er schlug zu diesem Zwecke gewisse Grundzüge für die Theilung vor, welche förmlich festgestellt werden müssten. Dieser Versuch hatte erwünschten Erfolg. Der König genehmigte durch Ordre vom 6. Februar 1834 specielle Regeln für die endgiltige Theilung und verordnete Ekdahl und Keyser dazu, dieselben zur Ausführung zu bringen. Die nun festgestellten speziellen Regeln, welche Ekdahl in einer weiteren Instruktion, zur Befolgung mitgetheilt wurden, enthielten:

- 1) dass sämmtliche Schriftstücke in vier Klassen getheilt werden sollten: in schwedische, norwegische, dänische und allgemeine, welche letzteren Norwegen zufallen sollten, doch mit dem Vorbehalt für Schweden und Dänemark, sowohl von diesen „allgemeinen“ als auch von denen Abschriften nehmen zu dürfen, welche im übrigen Norwegen zugetheilt würden, und mit denselben Rechten für Norwegen bezüglich der Aktenantheile Schwedens und Dänemarks;
- 2) dass die Schriftstücke, welche Provinzen und Vasallenländer angingen, die ehemals einem dieser Reiche zugehört, aber später von demselben abgetreten worden, dem Reiche zufallen sollten, zu dem sie nun im Abhängigkeitsverhältniss ständen;

sowie dass die Akten, die ausschliesslich von Christian II. als Familienoberhaupt handelten, wie auch die, welche Oldenburg und Delmenhorst, und die Ehescheidungsfrage zwischen dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg und seiner Gemahlin, der dänischen Prinzessin Elisabeth, betrafen, Dänemark überwiesen werden sollten.

Nachdem die hauptsächlichsten Streitfragen durch Gebot des Königs geschlichtet worden, kam die Theilung am 24. April 1834 zu Stande. Hierbei wurden Schweden 280, Dänemark 347 und Norwegen 3802 Nummern zuerkannt.